

Die Zeit ist reif für echte Veränderung.

Die 10 sozialpolitischen Kernforderungen des
Sozialverbands VdK Baden-Württemberg e. V.

Forderungskatalog zur Landtagswahl
am 8. März 2026 in Baden-Württemberg

[#SozialstaatVerteidigen](#)



Liebe Politikerinnen und Politiker, liebe Wählerinnen und Wähler,

als Sozialverband VdK stehen wir seit 80 Jahren zusammen für soziale Gerechtigkeit und einen starken Sozialstaat ein. Wir haben Erfahrung damit, nach dem gerechten Weg zu suchen. Mit mehr als 2,3 Millionen Mitgliedern bundesweit und 280.000 Mitgliedern in Baden-Württemberg sind wir der größte Sozialverband in Deutschland. Und das scheint – zumindest auf den ersten Blick – für unseren Verband erfreulich zu sein. Doch dieses permanente Wachstum zeigt auch, dass die Menschen immer häufiger, immer dringender einen helfenden Sozialverband brauchen. Vielen Bürgerinnen und Bürgern reicht die Rente nicht zum Leben, die Mieten steigen ins Unermessliche, unsere Mitglieder finden keinen Hausarzt, können die Kosten fürs Pflegeheim nicht mehr bezahlen. Im Jahr 2024 haben wir in unseren 34 sozialrechtlichen Beratungsstellen über 72.000 Beratungsgespräche geführt. Wir haben das Ohr bei den Menschen, wir hören zu, wir kennen die Sorgen und Nöte der Menschen hier im Land.

Am 8. März 2026 sind Landtagswahlen. Wir fordern Solidarität in Pflege, Gesundheit und Rente! Die Zeit ist reif für echte Veränderung. Wir fordern den Ausbau der Pflegeinfrastruktur und ein Pflegegehalt für die Pflege zuhause, die Erhöhung der Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau, eine armutssichere Rente, die Barrierefreiheit aller Einrichtungen im Gesundheitswesen und die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung in Pflege, Gesundheit und Rente. Wir fordern unsere Landespolitik auf: Setzen Sie sich auf Bundesebene in den neu gegründeten Kommissionen für Solidarität ein. Wir werden die Wahlprogramme genau prüfen, wir werden Fragen stellen, diskutieren und kämpfen. Wir bleiben wachsam.

Ihr Hans-Josef Hotz
Vorsitzender des Sozialverbands
VdK Baden-Württemberg e.V.

Die Zeit ist reif für echte Veränderung.

Unsere 10 sozialpolitischen Kernforderungen zur Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg

- | | | |
|----|---|-------|
| 1 | Stationäre Pflege muss bezahlbar sein | 6-7 |
| 2 | Das Pflege-Gehalt für die Pflege zu Hause | 8-9 |
| 3 | Den Ausbau der Pflegeinfrastruktur und ein regionales Pflegebudget | 10-11 |
| 4 | Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung: flächendeckend, qualitativ hochwertig und für alle Menschen zugänglich | 12-13 |
| 5 | Die Barrierefreiheit aller Einrichtungen im Gesundheitswesen | 14-15 |
| 6 | Die armutssichere Altersrente und die Stabilisierung des Rentenniveaus | 16-17 |
| 7 | Bezahlbarer Wohnraum durch die Erhöhung der Landesmittel für sozialen Wohnungsbau | 18-19 |
| 8 | Die strukturelle und wirksame Bekämpfung von Einsamkeit | 20-21 |
| 9 | Populismus mit Fakten bekämpfen – Demokratie und Frieden erhalten | 22-23 |
| 10 | Die Einführung der Bürgerversicherung in Pflege, Gesundheit und Rente | 24-25 |



Als Sozialverband VdK Baden-Württemberg e. V. setzen wir uns für eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung ein. Erhöhungen der Pflegebeiträge oder Kürzungen der Pflegeleistungen sind nicht der einzige Weg, um der Finanznot der Pflegeversicherung zu begegnen. Wir fordern: Eine Pflegeversicherung, in die alle einzahlen! Auch Selbstständige, Beamte und Politikerinnen und Politiker. Wir fordern die konsequente Refinanzierung der versicherungsfremden Leistungen und den Wiedereinstieg des Landes Baden-Württemberg in die Förderung der Investitionskosten.

Forderung 1

Stationäre Pflege muss bezahlbar sein

Die Pflegeversicherung wird ihrem ursprünglichen Ziel, der Vermeidung von Armut durch Pflege, immer weniger gerecht. Die steigenden Kosten für Pflegeheimplätze führen dazu, dass etwa jeder dritte Heimbewohner in Baden-Württemberg auf Sozialhilfe angewiesen ist. Kein Wunder, denn durchschnittlich zahlen Pflegebedürftige im ersten Jahr im Pflegeheim 3.400 Euro. Allein 460 Euro an Investitionskosten. Dies ist wohlge-merkt der Durchschnitt. Tatsächlich liegen die Investitionskosten teilweise bei über 1.200 Euro und die Eigenanteile im Pflegeheim nicht selten über 4.000 Euro pro Person.

Wer sein Leben lang gearbeitet und in die Pflegeversicherung eingezahlt hat oder sich um die Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen gekümmert hat, darf nicht durch die eigene Pflegebedürftigkeit in die Armut rutschen.

Um diese finanzielle Notlage zu beenden, fordern wir als Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V. die Einführung einer Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten der stationären oder ambulanten Pflege abdeckt. Außerdem den Wiedereinstieg der Landesregierung in die Investitionskostenförderung. Diese beiden Maßnahmen können die finanzielle Belastung in der stationären Pflege drastisch senken.

Forderung 2

Das Pflegegehalt für die Pflege zuhause



Fünf von sechs Pflegebedürftigen werden zu Hause, von ihren Angehörigen gepflegt. Das sind über 80 Prozent. Die Angehörigen sind der größte Pflegedienstleister Deutschlands. 72 Prozent der pflegenden Angehörigen sind Frauen. Und diese Nächstenpflege macht arm.

Deshalb fordern wir als Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V die Einführung eines Pflegegehalts für Pflegende nach dem Vorbild des österreichischen Burgenlandes. Dies sichert pflegenden Angehörigen ein reguläres Gehalt, volle Sozialversicherungsansprüche sowie Renten- und Urlaubsansprüche. Wir fordern die Verbesserung der rentenrechtlichen Anerkennung der Pflege und die Gleichstellung der Familienpflegezeiten mit den Kindererziehungszeiten.

Forderung 3

Den Ausbau der Pflegeinfrastruktur und ein regionales Pflegebudget

Viele Leistungen der Pflegeversicherung werden von Pflegebedürftigen nicht in Anspruch genommen, obwohl sie den Pflegebedürftigen zustehen. Das liegt beispielsweise an fehlenden Kurzzeitpflegeplätzen, aber auch an mangelnder Information und Beratung. So zeigte unsere VdK-Pflegestudie deutlich: Nach einer Beratung wird Tagespflege in 83 Prozent der Fälle in Anspruch genommen, ohne Beratung nur in 17 Prozent.

Um eine bessere Steuerung und den Aufbau der notwendigen Infrastruktur zu ermöglichen, fordern wir die Einführung eines regionalen Pflegebudgets. Kommunen sollen Mittel entsprechend der Anzahl und Einstufung ihrer pflegebedürftigen Bürgerinnen und Bürger erhalten. Zur Stärkung der unabhängigen Pflegeberatung müssen die Pflegestützpunkte personell ausgebaut werden. Wir fordern die Einrichtung einer aufsuchenden Pflegeberatung, analog zu dem Modell der Gemeindefachschwesterplus in Rheinland-Pfalz.





Forderung 4

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung: flächendeckend, qualitativ hochwertig und für alle Menschen zugänglich

Das System der privaten und gesetzlichen Krankenversicherung wird von den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend als ungerecht wahrgenommen. Eine flächendeckende Versorgung zu organisieren und zu sichern, fällt zudem besonders schwer, wenn Leistungen von Privatpatienten anders abgerechnet werden können, als die von gesetzlich Versicherten.

Wir fordern, die Vergütung für ambulante Leistungen für Versicherte von gesetzlicher und privater Krankenversicherung zu vereinheitlichen. Unser Ziel ist eine solidarische, einheitliche Krankenversicherung, in die alle einzahlen!

In Baden-Württemberg ist jeder siebte Hausarzt-sitz nicht besetzt, das sind rund 14 Prozent aller Hausarzt-sitze. Und dabei steht uns die große Ruhestandswelle noch bevor: 2700 Hausärztinnen und Hausärzte sind 60 Jahre alt oder älter, über ein Drittel aller Hausärzte in Baden-Württemberg.

Als Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V. fordern wir, dass Patientenvertreter nicht nur ein beratendes Beteiligungsrecht haben, sondern zwingend auch ein Stimmrecht erhalten: Bei der Umsetzung wichtiger Strukturreformen, wie der Krankenhausreform, müssen Sie von Anfang an eingebunden werden. Wir fordern die Landesregierung auf, mehr Studienplätze für Ärzte zu finanzieren und die flächendeckende Versorgung sicherzustellen.

Forderung 5

Die Barrierefreiheit aller Einrichtungen im Gesundheitswesen



Es ist grundsätzlich schwierig, einen passenden, erreichbaren Facharzt zu finden, der auch noch freie Termine anbieten kann. Für Menschen mit Behinderungen und insbesondere erwachsene Menschen mit Behinderungen ist die Versorgungssituation noch schlechter. Fehlende Barrierefreiheit stellt eine massive Einschränkung der freien Arztwahl dar. Außerdem haben viele Ärzte nicht die nötigen Fachkenntnisse, um erwachsene Menschen mit Mehrfachbehinderungen zu behandeln. In Medizinischen Zentren für Erwachsene Menschen mit Behinderungen (MZEB) wird interdisziplinär gearbeitet.

Als Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V. fordern wir ein Förderprogramm des Landes für den barrierefreien Umbau von Arztpraxen. Bis alle Einrichtungen und Angebote der medizinischen Versorgung barrierefrei nutzbar sind, muss es ein verlässliches und detailliertes Auskunftssystem zur Barrierefreiheit aller Einrichtungen im Gesundheitswesen geben. Wir fordern außerdem, mehr MZEBs aus Steuergeldern zu fördern und die ausreichende flächendeckende Versorgung im ganzen Land sicherzustellen.



Alle Erwerbstätigen sollten in die Rentenversicherung einzahlen. So schaffen wir maximale Solidarität. Versicherungsfremde Leistungen müssen aus Steuermitteln gezahlt werden und dürfen nicht aus dem Topf der Rentenversicherung entnommen werden.

Forderung 6

Die armutssichere Altersrente und die Stabilisierung des Rentenniveaus

1.405 Euro bekamen Männer 2023 durchschnittlich an Altersrente, 955 Euro die Frauen. Von den rund 19 Millionen Menschen, die in Deutschland eine Altersrente beziehen, bekommen 42 Prozent weniger als 1.000 Euro an Rente. Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben und deren Rente trotzdem nicht zum Leben reicht.

Um Altersarmut effektiv entgegenzutreten, fordern wir als Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V. ein Rentenniveau von mindestens 50 Prozent. Um dies zu ermöglichen, muss die Deutsche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden, in die alle einzahlen. Außerdem müssen versicherungsfremde Leistungen konsequent aus Steuermitteln gegenfinanziert werden. Der Bund belastet die Deutsche Rentenversicherung jedes Jahr mit Milliarden an ungedeckten versicherungsfremden Leistungen, die nicht durch Beitragsgelder gedeckt sind sondern gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind. 2023 waren es 39,8 Milliarden.

Forderung 7

Bezahlbarer Wohnraum durch die Erhöhung der Landesmittel für sozialen Wohnungsbau

Vor dem Hintergrund der herrschenden Wohnungsnot und des fehlenden bezahlbaren Wohnraums im Land Baden-Württemberg muss dringend weiterer Wohnraum geschaffen werden. Dazu müssen mehr Neubauten gebaut, aber auch bestehende Bestandsbauten barrierefrei saniert werden.



Es ist schwer, eine neue Wohnung in der Nähe der Verwandten oder der vertrauten Nachbarschaft zu finden. Besonders betrifft dies Menschen, die eine bezahlbare, barrierefreie und altersgerechte Wohnung brauchen. In Baden-Württemberg fehlen nach einer Schätzung über 200.000 Sozialwohnungen. Immer mehr Haushalte werden durch steigende Mieten finanziell überfordert, dies steht oftmals hohen Gewinnen aus Vermietung und Verpachtung gegenüber. Vor dem Hintergrund der herrschenden Wohnungsnot und dem fehlenden bezahlbaren Wohnraum im Land Baden-Württemberg muss dringend weiterer Wohnraum geschaffen werden. Dazu müssen mehr Neubauten erstellt werden, aber auch bestehende Bestandsbauten saniert und ersetzt werden.

Als Sozialverband VdK Baden-Württemberg e. V. fordern wir deshalb die Erhöhung der Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau und rufen alle Stadt- und Landkreise auf, zusätzlich dazu kommunale Fördertöpfe für den Wohnungsbau einzurichten.



Wir als Sozialverband VdK Baden-Württemberg e. V. stehen schon immer für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir erkennen, Einsamkeit ist eine der drängendsten sozialen Herausforderungen unserer Zeit – eine stille Epidemie, die in allen Generationen, Milieus und Regionen wirkt. Trotz ihrer tiefgreifenden Folgen für das individuelle Wohlbefinden, für die psychische Gesundheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt findet das Thema im politischen Diskurs bislang nur wenig Beachtung.

Forderung 8

Die strukturelle und wirksame Bekämpfung von Einsamkeit

Großbritannien hat mit der Einrichtung eines Ministeriums für Einsamkeit bereits 2018 ein starkes Signal gesetzt. Auch NRW zeigt mit seinem Landesaktionsplan „Du + Wir = Eins – Nordrhein-Westfalen gegen Einsamkeit“, wie wichtig die Initiative gegen Einsamkeit ist. Einsamkeit ist kein privates Versagen, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Projekte wie Nachbarschaftscafés oder generationenübergreifende Treffpunkte in Kommunen sind erfolgreich und beweisen, dass Gemeinschaft nicht zufällig entsteht – sie braucht Räume, Menschen und politische Unterstützung.

Als Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V. fordern wir die Landesregierung auf, das Thema Einsamkeit als eigenständige gesellschaftliche Herausforderung anzuerkennen und eine landesweite Strategie gegen Einsamkeit zu entwickeln. Diese Strategie sollte im Sozialministerium angesiedelt sein – mit klaren Zuständigkeiten, verlässlicher Finanzierung und einer langfristigen Perspektive.

Forderung 9

Populismus mit Fakten bekämpfen – Demokratie und Frieden erhalten

Als Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V. stehen wir seit 80 Jahren für den uneingeschränkten Schutz der Würde jedes einzelnen Menschen – egal welcher Nationalität, welchen Geschlechts, welcher Religion oder Hautfarbe, für Menschen mit Behinderung und ohne. Gegründet von den Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen – in der Zerrissenheit und Armut der Nachkriegsjahre – leben wir seit 80 Jahren Zusammenhalt und Solidarität. Unsere Stärke ist die Gemeinschaft, unsere Haltung die Verantwortung für den Nächsten, unser Ziel soziale Gerechtigkeit.

Daher fordern wir: Entlarvt die Populisten mit Fakten, führt Diskussionen lösungsorientiert! Wir fordern den Erhalt und die Stärkung des Friedensprojekts Europa. Wir setzen uns für die Schaffung eines vereinten Europas ein, wenden uns entschieden gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus.





Forderung 10

Die Einführung der Bürgerversicherung in Pflege, Gesundheit und Rente

Die Aufteilung in privat Versicherte und gesetzlich Versicherte schafft Ungleichheit. Sie ist ineffizient und voller bürokratischer Hürden. Einkommensstarke und risikoarme Gruppen wechseln vorrangig in die private Kranken- und Rentenversicherung und fehlen dadurch der solidarisch finanzierten gesetzlichen Versicherung als wichtige Beitragszahler. Ein einheitliches und solidarisches Versicherungssystem würde unser Sozialversicherungssystem stabilisieren.

Als Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V. fordern wir ein einheitliches solidarisches Sozialversicherungssystem in Rente, Pflege und Gesundheit. Das heißt: alle Erwerbstätigen, einschließlich der Selbstständigen, Beamten, geringfügig Beschäftigten und in anderen Versorgungswerken Versicherte, müssen in einheitliche solidarische Bürgerversicherungen einbezogen werden. Damit auch alle gemeinsam die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben unseres Landes schultern.

Impressum

Herausgeber

Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V.
Johannesstraße 22, 70176 Stuttgart
Telefon: 0711 619 56-0
baden-wuerttemberg@vdk.de
www.vdk-bw.de

Inhaltlich verantwortlich für diese Broschüre
ist gemäß §5 TMG: Ronny Hübsch

Fotonachweis

S. 3 © Jutta Kübler
S. 6 © mixetto – iStock.com
S. 9 © di_media – stock.adobe.com
S. 11 © Halfpoint – iStock.com
S. 12 © Georgiy – stock.adobe.com
S. 15 © cirano83 – stock.adobe.com
S. 16 © De Visu – stock.adobe.com
S. 19 © Future Living Berlin / GSW
S. 20 © VdK BW / greenlemonade
S. 23 © Nathan Mullet – Unsplash
S. 24 © Halfpoint – iStock.com

Stand: Oktober 2025

Mitglied im Bündnis

Demokratie
Menschenrechte
Bündnis Baden-Württemberg

Solidarität ist unverhandelbar!

SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG



www.vdk-bw.de